



Dokumentation zum DVSG-Bundeskongress 2005

Am 28. Oktober endete der DVSG-Bundeskongress mit einem eindrucksvollen Abschlussvortrag von Dr. Ellis Huber, Vorstand der Securvita BKK Hamburg, der seine Vorstellungen von einem sozialen Gesundheitswesen vorstellte. Der Beitrag bot eine Vielzahl von interessanten Ansatzpunkten für die Sozialarbeit im Gesundheitswesen.

Das zentrale Signal das von dem Bundeskongress 2005 ausgeht ist, dass neben medizini-

schen, pflegerischen und therapeutischen Leistungen vor allem die psycho-soziale Versorgung der Menschen sichergestellt sein muss, um den künftigen Aufgaben im Gesundheitswesen gewachsen zu sein.

Der Vortrag von Dr. Huber wird ebenso wie die weiteren Beiträge und Diskussionen der Plenarveranstaltungen und Foren in einer umfassenden Dokumentation veröffentlicht., die voraussichtlich im Frühjahr 2006 erscheinen wird.

Fachseminar Klinische Sozialarbeit im Gesundheitswesen

Die DVSG bietet vom 26. — 28. April 2006 in Wiesbaden ein Fachseminar „Klinische Sozialarbeit im Gesundheitswesen“ an.

Es richtet sich an in der Sozialarbeit tätige Kolleginnen und Kollegen, die in verschiedenen Feldern im Gesundheitswesen wirken: Kliniken, Krankenhäusern, Ambulanzen, Gesundheitsämtern, Krankenkassen, Pflegeeinrichtungen... Damit leistet die DVSG nach ihrer Öffnung von der Sozialarbeit im Krankenhaus zur Sozialarbeit im Gesundheitswesen auch in ihrem Bildungswesen die nötige Erweiterung.

Den eigenen Arbeitsplatz zu managen, ist in den Tagen sich jagender Gesundheitsreformen und schwindender Ressourcen auch für die in der Klinischen Sozialarbeit Tätigen eine enorme Herausforderung. Den Erwartungen von Vorgesetzten, von interdisziplinären Kollegen im Team, von Klienten und auch den eigenen Ansprüchen zu genügen, ist ein Drahtseilakt geworden. Qualitätssicherung erhöht immens den Verwaltungsaufwand und bindet Zeit und Energie, die den Kernaufgaben verloren geht.

Fremddefinition der Arbeitsinhalte und Zuständigkeitsgerangel erschweren den Arbeitsalltag und verunsichern in der Berufsrolle. Andere Berufsgruppen drängen in die originären Felder der Sozialarbeit. Verwaltungsvorhaben und gesetzliche Rahmenbedingungen engen die Spielräume ein und kollidieren mit ethischen Überzeugungen.

Diesen Anforderungen zu begegnen, Effizienz herzustellen und der Deprofessionalisierung entgegenzuwirken sind zentrale Themen des Seminars.

Inhalte:

- Verortung von Sozialarbeit in Institutionen des Gesundheitswesens
- sozialarbeiterisches Profil und Gestaltung der Berufsrolle
- Handlungskonzepte: Casemanagement, Sozialvisite, ...
- Kooperation im inter-disziplinären Team
- Dokumentation in der Fallarbeit
- Supervidierte Fallarbeit
- Konfliktmanagement
- Selbstmanagement, Zielorientierung und Zeiteffizienz
- Kollegiale Beratung
- Stellensicherung

Kosten:

Mitglieder	295,00 €
Nichtmitglieder	345,00 €
Einschließlich Unterkunft und Verpflegung	

Anmeldung:

DVSG-Bundesgeschäftsstelle
Kaiserstraße 42, 55116 Mainz
Tel./ Fax: 0 61 31 / 22 24 22, / 22 24 58
E-Mail: info@dvsg.org



„Das neue Jahr sieht mich freundlich an, und ich lasse das Alte mit seinem Sonnenschein und Wolken ruhig hinter mir“

Johann Wolfgang von Goethe

Der Vorstand und die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle wünschen allen Mitgliedern, Kooperationspartnern, Förderern und Interessenten der DVSG ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und alles Gute, Glück und Gesundheit für das Jahr 2006

Fortbildungstag der AG Baden Nord

Die Arbeitsgemeinschaft Baden Nord lädt am 25. Januar 2006 zu einem Fortbildungstag zum Thema „Hartz IV — Auswirkungen auf die Sozialarbeit im Gesundheitswesen? Bestandsaufnahme nach 12 Monaten Praxis“ ein. Die Tagung findet in der Fachklinik Königstuhl der Deutschen Rentenversicherung Baden Württemberg in Heidelberg statt.

Die Arbeitsmarktreform hat in vielfältiger Weise auch Auswirkungen auf die soziale Arbeit im Gesundheitswesen. Ein Jahr nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bleiben immer noch viele offene Fragen.

- Welche Auswirkungen hat Hartz IV für die Betroffenen konkret?
- Wie verhält es sich mit den wechselseitigen Beziehungen zwischen Krankheit und Armut?
- Wo wird gefordert, wann gefördert?
- Welche Auswirkungen hat dies auf die Soziale Arbeit in verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens?

Die bisherige Erfahrung zeigt, dass nach einem Jahr die aktuelle Rechtslage immer noch unklar und die An-

wendung von SGB II und SGB XII nach wie vor mit vielen Unsicherheiten verbunden ist.

Nach dem Fachvortrag „Praktischen Anwendung des SGB II und SGB XII — Probleme bei der Leistungsgewährung“ werden anhand von drei Fallbeispielen die Auswirkung auf die Sozialarbeit in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens (Sozialarbeit im Krankenhaus, Sozialarbeit mit psychisch kranken und wohnsitzlosen Menschen) aufgezeigt.

Nach einer Klinikführung findet gegen 14.45 Uhr für Mitglieder der DVSG das Regionaltreffen der AG Baden Nord.

Anmeldungen bis 13.01.2006:

Jürgen Walther
Chirurgische Universitätsklinik
Kliniksozialdienst
Im Neuenheimer Feld 110
69120 Heidelberg
Tel.: 0 62 21 / 56-27 17
Fax: 0 62 21 / 56-33 876
agbaden-nord@dvsg.org

Programm in Internet unter
www.dvsg.org,
Rubrik Arbeitsgemeinschaften

Fortbildung für Soziale Dienste

In Zusammenarbeit mit der AG Rheinland-Pfalz West veranstaltet das MEDIAN Reha-Zentrum Bernkastel-Kues am 29. März 2006 eine Fortbildungstagung zum Thema „Sozialarbeit im Gesundheitswesen — Ein bewertbarer ökonomischer Faktor?“

Schwerpunkte:

- Qualitätssicherung in der Sozialen Arbeit — ICF-Codierung als Maßstab
- Leistungsverrechnung im Krankenhaus
- OPS-Codierung — Chancen für die klinische Sozialarbeit
- Podiumsdiskussion: Sollte ein Krankenhaus einen eigenen Sozialdienst vorhalten oder auf externe Anbieter zurückgreifen?

Weitere Informationen:

Ramona Sabel
MEDIAN Reha-Zentrum Bernkastel-Kues
Öffentlichkeitsarbeit
Tel./Fax: 0 65 31 / 92-5889 / 92-5890
E-Mail: ramona.sabel.bernkastel@median-kliniken.de

Marianne Johannis
Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Trier
Sozialdienst
Tel./Fax: 06 51 / 208-1269 / 208-1285
E-Mail: m.johannis@bk-trier.de

Neue Ansprechpartnerinnen der AG Baden Süd und der AG Hamburg

Im November wurde in der AG Baden Süd das Leitungsteam neu gewählt. Als Ansprechpartnerin der AG wird Katja Stocker von Petra Wehrle abgelöst. Sie ist wie folgt zu erreichen:

Kinzigtal Klinik
Wolfsweg 12
77723 Gengenbach
Tel.: 0 78 03 / 808-590
Fax: 0 78 03 / 808-338
E-Mail: agbaden-sued@dvsg.org



Die AG Hamburg hat ebenfalls eine neue Ansprechpartnerin. Die Nachfolge von Bettina Lauterbach tritt Ursula Möller und damit eine Vertreterin eines der neuen Mitgliedergruppen an. Ursula Möller ist im

Sozialdienst eines Berufsförderungswerkes tätig.

Kontakt:

Berufsförderungswerk Hamburg
August-Krogmann-Str. 52
22159 Hamburg
Tel.: 0 40 / 64 581-1804
Fax: 0 40 / 64 571-1350
E-Mail: aghamburg@dvsg.org

DGSP-Forschungspreis auf dem Gebiet der Sozialpsychiatrie

Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) verleiht im November 2006 zum fünften Mal einen Forschungspreis für wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Sozialpsychiatrie. Er wird an einzelne Wissenschaftler oder an Forschungsgruppen verliehen und ist mit 2.500,00 Euro dotiert. Der Preis kann für theoretische und empirische Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Sozialpsychiatrie verliehen werden.

Kriterien für die Vergabe sind insbesondere die Relevanz für die Versorgung psychisch kranker Menschen, der innovative Charakter und die methodische Qualität

Die auszeichnende Arbeit darf nicht älter als zwei Jahre sein. Bei längeren Arbeiten muss eine Zusammenfassung von maximal zehn Seiten beigelegt werden. Die Arbeiten können sowohl von den Autoren selbst als

auch durch Dritte eingereicht werden und sind mit Angaben zur Person der Wissenschaftlerin / des Wissenschaftlers bzw. Zusammensetzung der Forschungsgruppe bis zum 28. Februar 2006 einzusenden an:

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie
Zeltinger Straße 9, 50969 Köln.

Internet: www.psychiatrie.de/dgps/

Krisen gehören zum Leben, aber Krisen machen Angst. „Die Angst kann bei schweren Erkrankungen riesengroß sein, bedrohlich wie ein Drachen“, so beschreibt der Autor Jochen Herlt in Anlehnung an eine chinesische Geschichte das Gefühl, das viele Menschen befällt, wenn sie plötzlich mit einer schweren oder gar lebensbedrohlichen Diagnose konfrontiert werden.

Herlt erzählt in den wahren Geschichten dieses Buches von Menschen, die er in seinen Beratungsgesprächen als Sozialarbeiter in einem Krankenhaussozialdienst erlebt hat und die bei schwerer Erkrankung zuerst wie gelähmt vor diesem „Drachen“ standen, dann aber den Mut fanden, ihn zu übersteigen. Eine wesentliche Hilfe für die betroffenen Menschen war jeweils auch die Unterstützung durch die psychosoziale Beratung in der Klinik.

Jochen Herlt verbindet mit diesem Buch auch die zentrale Frage an die Verantwortlichen im Gesundheitswesen, wie wichtig ihnen die psychosoziale Beratung der Patienten ist und wie viel sie dafür zu investieren bereit sind.

Das 104seitige Buch ist im Iatros Verlag Nierstein zum Preis von 10 Euro erschienen. Der gesamte Erlös aus dem Verkauf des Buches unterstützt den Bezirksverein der Kehlkopfflosen Rhein-Nahe-Pfalz e. V. in Mainz.

Bestellungen:

Iatros Verlag Nierstein
Hauptstraße 146, 55283 Nierstein
Tel. / Fax: 0 61 33 / 92 73 20 / 92 73 17
oder www.iatros-verlag-eshop.de
ISBN 3-937439-11-0

Bei LexisNexis Deutschland GmbH, die die Software LEXSoft Sozialdienst in Zusammenarbeit mit der DVSG entwickelt hat, gibt es zu diesem Programm einen weiteren Ansprechpartner.

Seit dem 1. Dezember hat Michael Robering die Aufgaben Vertrieb und Kundenservice übernommen. Damit hat LexisNexis eine kompetente Unterstützung hinzugewonnen, so dass bisherige Schwierigkeiten (Erreichbarkeit, Verfügbarkeit von Terminen für Präsentationen und Schulungen) gelöst sein dürften.

Jan Grebing, wird bei LexisNexis weiterhin die Entwicklung des Programmes betreuen und für die Kooperation mit der DVSG verantwortlich sein. Kontakt:

LexisNexis Deutschland GmbH
Feldstiege 100, 48161 Münster
Tel. / Fax: 0 25 33 / 93 00 333 / 93 00 35
Mobil: 01 62 / 25 96 204
E-Mail: michael.robering@lexisnexis.de

Forschungspreis zur Neurologischen Rehabilitation ausgelobt

Das Kuratorium der Fürst-Donnersmarck-Stiftung zu Berlin, die sich mit der Rehabilitation von Menschen mit Körperbehinderung befasst, vergibt aus Anlass ihres 90-jährigen Bestehens einen Forschungspreis.

Ausgezeichnet werden soll eine aktuelle, wissenschaftliche Forschungsarbeit im Bereich der Neurologischen Rehabilitation von Menschen mit erworbener Schädigung des Nervensystems. Der Schwerpunkt soll auf nachklinischer Langzeitrehabilitation liegen, wobei besonderes Interesse an interdisziplinären Rehabilitationskonzepten und -methoden liegt sowie an wissenschaftlichen Wirksamkeits- und Effizienznachwei-

sen (Outcome-Forschung), wie sie in der Praxis, insbesondere von Rehabilitationsanbietern, Kostenträgern und der Politik be-

Bewerbungen und weitere Informationen:

Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin
Dalandweg 19, 12167 Berlin
Tel.: 0 30 / 769 700 12
E-Mail: boehm.fdst@fdst.de
Internet: www.fdst.de

nötigt werden (sozialökonomische Effekte).

Honoriert werden Diplom-, Examens- und Doktorarbeiten sowie Habilitationsschriften, veröffentlichte Projektberichte, Buch-

veröffentlichungen und Fachartikel, deren Abschluss nicht länger als zwei Jahre zurückliegt. Der Preis ist mit 30.000 Euro dotiert und kann auch geteilt werden.

Bewerbungsschluss ist der 30.06.2006. Bewerbungsunterlagen sind in dreifacher Ausfertigung einzureichen (Wissenschaftliche Arbeit/en, ergänzt durch eine Zusammenfassung, Begründung der Bewerbung, Lebenslauf mit wissenschaftlichem Werdegang).

Der Preis wird anlässlich einer Veranstaltung zum 90. Jahrestag der Stiftungsgründung im November 2006 verliehen.

Aktualisierte Rehadat-CD-ROM im Novemer erschienen

Über 80.000 Informationen zu Behinderung, Integration und beruflicher Teilhabe veröffentlicht REHADAT, das Informationssystem zur beruflichen Rehabilitation, Ende November auf CD-ROM. Aktualisiert wurden Hilfsmittel, Praxisbeispiele, Literatur, Forschung, Recht, Adressen, Werkstätten und Seminare.

Neu auf dieser CD sind beispielsweise verbesserte Suchmöglichkeiten im Hilfsmittelverzeichnis der gesetzlichen Krankenversicherung, das REHADAT in Verbindung mit der Hilfsmitteldatenbank (23.000 Produkte) anbietet. Dort kann man nun nach Herstellernamen, Produktbezeichnung und

Positionsnummer suchen, auch Kombinationen sind möglich. Die im Hilfsmittelverzeichnis enthaltenen Produkte mit dazugehörigen Definitionen, Indikationen und Festbetragsregelungen entsprechen dem Stand des Bundesanzeigers Herbst 2005.

Ausgebaut wurde auch das Informationsangebot zum betrieblichen Eingliederungsmanagement. Neben den einschlägigen Gesetzestexten finden sich zahlreiche Literaturhinweise und die ersten Praxisbeispiele, die zeigen, wie Eingliederungsmanagement in Unternehmen umgesetzt wird - vom Großkonzern bis zum Kleinbetrieb mit neun Mitarbeitern.

Ebenfalls aktualisiert wurden alle 562 Gemeinsamen Servicestellen der Rehaträger in der Datenbank Adressen. Die örtlichen Servicestellen beraten und unterstützen in allen Fragen der Rehabilitation und koordinieren und vermitteln zwischen den Beteiligten.

Interessenten können die CD unter der Telefonnr. 0221 4981-844 oder bei gall@iwkoeln.de bestellen.

REHADAT kann entweder auf CD-ROM, die alle sechs Monate erscheint, genutzt werden oder im Internet unter www.rehadat.de.



**DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR
SOZIALARBEIT IM GESUNDHEITSWESEN**

Kaiserstraße 42
55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 22 24 22
Telefax: 0 61 31 / 22 24 58
Email: info@dvsg.org

Redaktion:
Ingo Müller-Baron (verantwortlich)
Esther Berg
Hans Nau
Ulla Seelhorst

Email: redaktion@dvsg.org

**Besuchen Sie uns auch im
Internet!**

DVSG-Fallgruppen der Sozialarbeit im Krankenhaus

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens stellt die Sozialarbeit vor viele Herausforderungen. Eine davon ist die Frage des Leistungsnachweises und der Leistungsverrechnung. Die DVSG will mit der Entwicklung und Erprobung der DVSG-Fallgruppen der Sozialarbeit im Krankenhaus die bisher veröffentlichten Empfehlungen und Arbeitsmaterialien ergänzen.

Fallgruppen dienen dazu, die gesamten Beratungsleistungen im Bezug auf einen Patienten einer genau definierten Fallgruppe zuzuordnen. Die DVSG-Fallgruppen sind ein Instrument zur Leistungstransparenz und weisen gleichzeitig eine definierte Beratungsqualität nach. Sie basieren auf der Produkt- und Leistungsbeschreibung der Klinischen Sozialarbeit im Akutkrankenhaus, die von der DVSG als Broschüre angeboten wird. Erklärtes Ziel ist es, in Zeiten von

Sparzwängen die Qualität der Sozialarbeit in der alltäglichen Arbeit zu sichern.

Die DVSG-Fallgruppen und die Ergebnisse des Modellprojektes zur internen Leistungsverrechnung wurden während des Bundeskongresses 2005 im Oktober ausführlich vorgestellt und von den Teilnehmern mit großem Interesse aufgenommen.

Die DVSG bereitet derzeit eine entsprechende Publikation vor, die voraussichtlich im Frühjahr 2006 erscheinen wird.

Ansprechpartnerin für das Projekt DVSG-Fallgruppen:

**Ilse Weis (DVSG-Vorstandsmitglied) Fachgruppe Akutbehandlung,
Universitätsklinikum - Radiologie
Sozialdienst
Tel 06221/56-6652,
E-mail: ilse_weis@med.uni-heidelberg.de**

www.dvsg.org Der Klick, der sich lohnt

Bundeskabinett bestellt neue Bundesbeauftragte

Das Bundeskabinett hat Ende November die Ämter der Bundesbeauftragten neu besetzt. Dem Bundesministerium für Gesundheit zugeordnet sind die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie die Drogenbeauftragte. Dem neuen Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen zugeordnet.

Beauftragte für die Belange der Patientinnen und Patienten

Die bisherigen Beauftragte Helga Kühn-Mengel (SPD) ist auch die künftige Ansprechpartnerin der Bundesregierung für Patientenbelange. Sie erklärte anlässlich ihrer Bestätigung im Amt: „Nach zwei Jahren Amtszeit als Patientenbeauftragte bin ich überzeugt den je, dass Patientenrechte und Patientenschutz ausgebaut werden müssen“. Tausende Anfrage zeigten, dass die verbrieften Rechte der Patienten auf objektive Informationen durch Leistungserbringer, Kostenträger und Behörden im Gesundheitswesen nicht immer ausreichend umgesetzt werden. Sie verstehe sich deshalb als Ansprechpartnerin und Vertreterin der Anliegen der Patienten. Sie will vorrangig dazu beitragen Patientenrechte zu stärken und sie im Gesundheitssystem weiterzuentwickeln.

Drogenbeauftragte

Zur Drogenbeauftragten wurde die SPD-Abgeordnete Sabine Bätzing benannt. Sie möchte sich vor allem auf der Grundlage des Aktionsplanes "Drogen und Sucht" für die Eindämmung von Drogen- und Suchtproblemen einsetzen. Die Reduzierung des Tabak- und Alkoholkonsums werde dabei an erster Stelle stehen. Diese legalen Suchtmittel seien die Ursache für viele Gesundheitsschäden. Außerdem werde ein Akzent auf Maßnahmen gegen Medikamentenabhängigkeit gelegt. Hier von seien vor allem Frauen betroffen, die bisher kaum ein Sprachrohr für ihre Gesundheitsprobleme sowie unzureichende Hilfsangebote hätten. Weiterhin bleibe Prävention der Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen Drogen- und Suchtpolitik. Ein besonderes Anliegen sei dabei die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Suchthilfe. Hier gehe es vor allem auch darum, den steigenden Konsum von Cannabis unter jungen Leuten zu problematisieren und geeignete Hilfeangebote bereitzustellen

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen

Mit Karin Evers-Meyer wurde eine weitere SPD-Abgeordnete in ein Beauftragtenamt berufen.

Anlässlich ihrer Ernennung würdigte sie die Arbeit ihres Amtsvorgängers, Karl Hermann Haack, und versicherte, dass sie sich für die Fortsetzung dieser erfolgreichen Politik stark machen werde. Sie will vor allem den konstruktiven und offenen Dialog mit den Verbänden behinderter Menschen fortsetzen.

Ihre Arbeitsschwerpunkte sieht sie in der weiteren Umsetzung des SGB IX und des Behindertengleichstellungsgesetzes und in der Schaffung eines umfassenden Zivilrechtlichen Antidiskriminierungsgesetzes.

Sie hält insbesondere die im Koalitionsvertrag angestrebte Stärkung der Prinzipien "ambulant vor stationär" und "Rehabilitation und Prävention vor Pflege" für zukunftsweisende Ansätze, um die volle gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen unter gleichzeitiger Wahrung ihres Selbstbestimmungsrechtes entscheidend voranzubringen.

Informationen zu den Beauftragten im Internet:

www.bmgs.bund.de
www.patientenbeauftragte.de
www.behindertenbeauftragte.de